

Präsidentenwahlen in Polen: Teil I: Die Kandidaten

Lang, Kai-Olaf

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lang, K.-O. (2000). *Präsidentenwahlen in Polen: Teil I: Die Kandidaten*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 35/2000). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45193>

Nutzungsbedingungen:

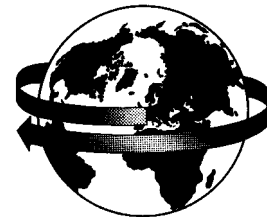
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 35/2000

12. September 2000

Präsidentenwahlen in Polen

Teil I: Die Kandidaten

Zusammenfassung

Zu den am 8. Oktober stattfindenden dritten polnischen Präsidentenwahlen nach 1989 wurden von der staatlichen Wahlkommission 13 Kandidaten zugelassen. Die Mehrheit der Wahlwerber kann sich keine nennenswerten Chancen ausrechnen. Ihr Kalkül dürfte vor allem darin bestehen, daß sie auf eine Popularisierung ihrer Person und der hinter ihnen stehenden Parteien hoffen. Schenkt man den Meinungsumfragen Glauben, wird Amtsinhaber Aleksander Kwaśniewski vermutlich schon in der ersten Runde siegen. Bis Anfang September ist es keinem von Kwaśniewskis Rivalen gelungen, den Abstand zum amtierenden Präsidenten entscheidend zu verringern. Ob die Herausforderer das Blatt in der heißen Phase des Wahlkampfes noch wenden können, ist unwahrscheinlich.

Nachdem mehr als 20 Personen ihren Willen bekundet hatten, an den Präsidentenwahlen teilzunehmen, gelang es letztlich 13 Wahlwerbern, mehr als 100.000 Unterschriften zu sammeln und so von der Staatlichen Wahlkommission offiziell als Kandidaten registriert zu werden. Als "Sensation" und Ausdruck der Effizienz des Amtsinhabers Aleksander Kwaśniewski wurde der Umstand gewertet, daß dessen Wahlkomitee 1,7 Mio. Unterschriften beibrachte, während Kwaśniewskis Hauptrivale Marian Krzaklewski gerade von 200.000 Bürgern unterstützt wurde.¹

Die Kandidaten und ihre Forderungen

Dariusz Grabowski

Grabowski (Jg. 1950) ist ein alter Weggefährte Jan Olszewskis (s.u.). Der Ökonom war lange Zeit wirtschaftspolitischer Experte von Olszewskis Partei *Bewegung für den Wiederaufbau Polens (ROP)*, für die er 1997 in den Sejm gewählt wurde. Nach dem Bruch mit ROP gründete Grabowski den Parlamentszirkel *Polnische Staatsraison*. In den Wahlen wird Grabowski von einem Bündnis namens *Koalition für Polen* unterstützt, dem seine Abgeordnetenkollegen und kleinere patriotische Gruppierungen um die *Konföderation für ein Unabhängiges Polen – Vaterland (KPN-O)* angehören. Angesichts der schwachen Umfragewerte wäre jedes Ergebnis über einem Prozent eine Überraschung.

¹ Lato śnieżnej kuli, Polityka Nr. 36, 2.9.2000.

Erster Punkt in Grabowskis Wahlprogramm ist die "Ablehnung der radikalliberalen Wirtschaftsdoctrin", die ersetzt werden soll durch eine "gesellschafts- und staatsfreundliche Konzeption, die von sozialer Sensibilität durchdrungen ist und die das polnische Unternehmertum unterstützt".² Zur Schaffung eines "starken Staats" soll u.a. die Erhöhung der Haushaltseinnahmen und -ausgaben beitragen. Zu den "nationalen Prioritäten" zählt Grabowski die Erziehung der Jugend in "patriotischem Geist". In den Massenmedien soll "polnisches Eigentum" dominieren. Während Grabowski Polens NATO-Mitgliedschaft begrüßt, übt er hinsichtlich des EU-Beitritts Zurückhaltung.

Piotr Ikonowicz

Den linken Pol des Kandidatenspektrums repräsentiert Piotr Ikonowicz (Jg. 1956), der Vorsitzende der kleinen *Polnischen Sozialistischen Partei (PPS)*. Ikonowicz, langjähriger Aktivist der *Solidarność*, beteiligte sich Ende der 80er Jahre an der Revitalisierung der historischen PPS. Für diese linkssozialistische Partei wurde Ikonowicz 1993 und 1997 auf der Liste der exkommunistischen *Demokratischen Linksallianz (SLD)* ins Parlament gewählt. Dort etablierte Ikonowicz zwischenzeitlich mit anderen prononciert linksorientierten Parlamentariern einen eigenen Abgeordnetenzirkel. In den Umfragen landet Ikonowicz regelmäßig unterhalb der statistischen Relevanz.

Ikonowicz's programmatisches Repertoire läßt sich problemlos auf den Nenner "radikaler Antikapitalismus" bringen. So würde Ikonowicz im Falle eines Wahlsiegs den Kapitalismus vor den Staatsgerichtshof bringen, da dieser nicht verfassungskonform sei. Den reformfreudigen Exfinanzminister Balcerowicz nannte Ikonowicz "den größten Verbrecher in Polen". Der Sozialist spricht sich gegen Polens NATO-Mitgliedschaft aus, ist indes für den Beitritt zur EU. Dabei dürfe man aber nicht auf Brüssel hören, dürfe weder strategische polnische Firmen verkaufen noch ausländische Banken und Supermärkte ins Land lassen.³

Jarosław Kalinowski

Der 38jährige Landwirt aus Zentralpolen (Jg. 1962) ist seit 1989 Funktionär der *Polnischen Bauernpartei (PSL)*. Nachdem Kalinowski 1993 Abgeordneter wurde, bekleidete er von April bis Oktober 1997 das Amt des Landwirtschaftsministers und stellvertretenden Regierungschefs. Seit Oktober 1997 ist Kalinowski Vorsitzender der PSL. Hinter Kalinowski steht mit der PSL die mitgliederstärkste Partei Polens und gleichzeitig eine ganze Reihe von sozioprofessionellen Vereinigungen mit bäuerlich-ländlicher Verankerung. Sollte es ihm gelingen, einen größeren Teil der unzufriedenen Bauernschaft auf seine Seite zu bringen, würde er der PSL eine Steilvorlage für die Parlamentswahlen liefern.

In Übereinstimmung mit der Programmatik der PSL mahnt Kalinowski eine "aktive Wirtschaftspolitik des Staats" an. Besondere Obhut erfordere die polnische Landwirtschaft, die vor unlauterer ausländischer Konkurrenz und vor dem Ausverkauf von Grund und Boden möglichst lange geschützt werden müsse. Daher wundert es wenig, wenn Kalinowski von sich behauptet, "kein Euroenthusiast" zu sein. Durch die Einführung von Ausgleichsmechanismen sollen die Disparitäten zwischen einzelnen Regionen und zwischen Stadt und Land reduziert werden.⁴

Janusz Korwin-Mikke

Der rabiate Exzentriker (Jg. 1942) ist Parteichef der ultraliberalen und neokonservativen *Union für Realpolitik (UPR)*. Für die UPR war Korwin-Mikke von 1991 bis 1993 Abgeordneter, bereits 1995 kandidierte er – ohne größeren Erfolg – für das höchste Amt im Staat. Seine kompromißlosen, ja radi-

² Dariusz Grabowski: Program, <http://www.grabowski.pl/m2.html>.

³ O kodeksie pracy, podatkach, polityce rolnej, reformach i UE, *Gazeta Wyborcza*, 3.8.2000, Kapitalizm pod sąd, *Gazeta Wyborcza*, 20.8.2000.

⁴ O polityce rolnej, edukacji, UE, reformach, podatkach, *Gazeta Wyborcza*, 7.8.2000, Deklaracja Programowa Jarosława Kalinowskiego, <http://www.kalinowski.pl>.

kalen Forderungen machten ihn und seine Partei in kleineren Wählersegmenten (etwa unter Studenten) attraktiv. Insgesamt aber ist er Bestandteil der politischen Folklore und ohne echte Chance.

Im Wahlprogramm erhebt Korwin-Mikke altbekannte Forderungen der UPR.⁵ Die Mixtur aus Law-and-order-Politik und unlimitierter Marktwirtschaft enthält Vorschläge wie die Wiedereinführung der Todesstrafe, umfassende Steuersenkungen und die Abschaffung jeglicher Form der "Privilegierung" von Minderheiten. Eine latente NATO-Aversion korrespondiert mit einer abgrundtiefen EU-Skepsis. Anstelle der Annäherung an die EU votiert Korwin-Mikke für den Beitritt Polens zur NAFTA(!).

Marian Krzaklewski

Krzaklewski (Jg. 1950) ist der eigentliche Herausforderer des Amtsinhabers. Als Vorsitzender der Gewerkschaft *Solidarność* war er von Anfang an der starke Mann im gegenwärtig regierenden christlich-konservativen Bündnis *Wahlaktion Solidarność (AWS)*. In seiner Weigerung, den Posten des Regierungschefs zu übernehmen, und in seinem Beharren auf dem Amt des AWS-Fraktionschefs wurde vielfach das Bemühen gesehen, Aleksander Kwaśniewski nachzueifern, der zwischen 1993 und 1995 einen ähnlichen Kurs gefahren hatte. Krzaklewskis Wahlkampf verlief in der ersten Phase recht holprig: In seinem Wahlkampfteam sollen zwei miteinander konkurrierende Gruppen existieren, der Imagewechsel vom arrogant wirkenden Machtpolitiker zum fürsorglichen Familienvater konnte nicht richtig bewerkstelligt werden, führende Politiker der AWS versagten Krzaklewski zunächst den öffentlichen Sukkurs.⁶ Es darf insofern daran gezweifelt werden, ob Krzaklewski ein ähnliches "Wunder an der Urne" gelingen wird wie fünf Jahre zuvor Lech Wałęsa. Der hatte es geschafft, innert weniger Monate in der Wählergunst von wenigen Prozent auf ein Drittel der Stimmen zu springen.

Zu den programmatischen Basispunkten Krzaklewskis gehören: das akzentuierte Bekenntnis zur "Verallgemeinerung von Eigentum" und damit zur "Volksprivatisierung", wie sie von der AWS im Sejm durchgesetzt wurde, der Aufbau eines "familienfreundlichen Staats", der Rekurs auf "christliche Werte" und die katholische Soziallehre sowie nicht zuletzt der Bezug auf das Vermächtnis der *Solidarność* und des August 1980, dessen 20jähriges Jubiläum in die Zeit des Wahlkampfs fiel.⁷

Deutlich nimmt Krzaklewski zur Frage "Europa" Stellung. Die Mitgliedschaft in der EU müsse "pragmatisch" gesehen werden, sie sei "Bedingung für eine bessere Lösung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme Polens". Allerdings müsse Europa auf "Tradition, Konservatismus" und "christlichen Werten" basieren. Er, Krzaklewski, wolle am Aufbau eines "Europas der Vaterländer, eines Europas Johannes Pauls des Zweiten und nicht eines Europas linker Utopien" teilnehmen. Für die Linke sei die europäische Integration indes ein "ideologisches Ziel": "Die Postkommunisten behandeln Brüssel wie ein zweites Moskau, die EU wie einen neuen RGW."⁸

Aleksander Kwaśniewski

Vieles deutet daraufhin, daß der bisherige Amtsinhaber (Jg. 1954) beim Kampf um den Präsidentensessel leichtes Spiel haben wird. Schenkt man den Umfragen Glauben, wird Kwaśniewski bereits in der ersten Runde die notwendige absolute Stimmenmehrheit erreichen. Kwaśniewski, der über die Unterstützung des postkommunistischen Lagers (SLD, Gewerkschaftsbund OPZZ usw.), aber auch der sozialdemokratischen *Arbeitsunion (UP)* verfügt, setzt wie schon vor fünf Jahren auf das Image des Professionalisten und Integrators. In seiner ersten Amtsperiode kultivierte Kwaśniewski das Profil eines kantenlosen, hypermodernen und international akzeptierten Staatsmanns. Ein amerikanisierter, kontrolliert offensiver Wahlkampf, in dem er sich nur wenige Schnitzer erlaubte, läßt erwarten, daß der Mittvierziger die Abstimmung sicher für sich entscheiden wird.

⁵ Program wyborczy kandydata na prezydenta RP Janusza Korwin-Mikkiego, <http://www.upr.org.pl/jkm/progr.html>.

⁶ Samotność kandydata, *Rzeczpospolita*, 30.8.2000.

⁷ Marian Krzaklewski: Bezpieczna przyszłość – rodzina na swoim, <http://www.krzaklewski.pl/poglady.htm>.

⁸ Chcemy dokończyć ten remont, Interview mit M. Krzaklewski, *Rzeczpospolita*, 18.7.2000, Strategia zyciostwa, Rede von M. Krzaklewski, <http://www.krzaklewski.pl/strategia.htm>.

Um bereits am 8. Oktober zu siegen, muß es Kwaśniewski darum gehen, möglichst viele Wähler zu gewinnen, die ihm oder der Linken in früheren Urngängen skeptisch gegenüberstanden. Von daher ist das Bemühen verständlich, sich die Sympathien bei keiner relevanten Wählergruppe zu verprellen. Kwaśniewskis programmatische Vorschläge enthalten folglich wenig Originelles, nichts Kontroverses und stellen eine Bestätigung der strategischen innen-, wirtschafts- und außenpolitischen Zielsetzungen des Landes dar.⁹ Kwaśniewskis Versuch, vom Stigma des "Postkommunisten" befreit zu werden, wird insbesondere sichtbar durch die Hervorhebung von Gesten, die im abgelaufenen Jahrfünft gegenüber der ehemaligen antikommunistischen Opposition (erinnert sei an das Treffen mit dem einst nach Frankreich emigrierten Schriftsteller Giedroyc) und der katholischen Kirche (hier ist vor allem die berühmte Papamobil-Fahrt Kwaśniewskis mit dem Papst bei dessen Polenbesuch von 1998 zu nennen) vollzogen wurden.

Andrzej Lepper

Nachdem Andrzej Lepper (Jg. 1954) in den vorangegangenen Jahren durch spektakuläre Protestaktionen seiner Landwirtegewerkschaft *Samoobrona (Selbstverteidigung)* immer wieder ins Zentrum des öffentlichen Interesses gelangt war,¹⁰ hat der radikale Bauernführer in letzter Zeit an "Elan" verloren. Von der Polizei wegen des Anzetteln von Straßenblockaden und wiederholten Nichterscheinens vor Gericht gesucht, versteckte sich Lepper zunächst vor den Behörden, wobei er mit der Ankündigung für Schlagzeilen sorgte, er werde in Weißrußland um politisches Asyl nachsuchen. Lepper machte sein Vorhaben nicht wahr und verbrachte einige Tage im Arrest. Nach wie vor läßt Lepper an den nach 1989 amtierenden Regierungen und insbesondere an deren Agrarpolitik kein gutes Haar. Forderungen wie die eines "absoluten Verbots des Landverkaufs an Ausländer" dürften ihm aber wenig dabei behilflich sein, die "Reste der 'demolierten' Industrie" und die polnische Landwirtschaft zu retten.¹¹

Jan Łopuszański

Im Bewerberfeld vertritt Jan Łopuszański (Jg. 1955) den fundamentalistischen und integristischen polnischen Nationalkatholizismus. Nach 1989 machte Łopuszański zunächst für die einflußreiche *Christlich-Nationale Vereinigung (ZChN)* Politik. Insbesondere die Flexibilisierung der ZChN in europapolitischen Fragen erhöhte die Spannungen und führte letztlich zum Bruch: Um Łopuszański und seine Getreuen gruppierten sich seit dem Frühjahr 1999 die radikal antieuropäischen, neotraditionalistischen und ultranationalistischen Segmente des polnischen Katholizismus. Ihre Partei, die *Polnische Allianz (PP)*, erfreut sich nicht zuletzt unter Machern und Hörern des mächtigen katholischen Hörfunksenders *Radio Maryja* einer beachtlichen Beliebtheit.

Leitmotiv des Wahlprogramms Łopuszańskis ist die eindeutige Ablehnung einer polnischen Mitgliedschaft in der EU. Der Beitritt Polens zur EU wird als Schlüsselfrage der politischen Auseinandersetzung betrachtet. "Die Achse der relevanten Konflikte verläuft nun zwischen dem, was polnisch ist, und dem, was kosmopolitisch ist. Zwischen denen, die ein unabhängiges Polen aufbauen wollen, und denen, die auf ihrem Körper mit Brüssel verbundene Euroregionen errichten wollen."¹² Łopuszańskis Aversion gegen die EU führte sogar dazu, daß der überzeugte Antikommunist einen Artikel in der ansonsten verhassten linken Tageszeitung *Trybuna* plazierte, in dem – mit Blick auf antieuropäische Wähler im SLD-Elektorat – an einen linken Patriotismus appelliert und um ein gemeinsames Vorgehen gegen den EU-Beitritt geworben wurde.¹³

⁹ Vgl.: Dom wszystkich – Polska, <http://www.kwasniewski.pl>.

¹⁰ Vgl.: Kai-Olaf Lang: Bauernrevolte zwischen Oder und Bug?, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 46/1999.

¹¹ Propozycje dla wszystkich Polaków. Podstawowe kierunki działań dla naprawy sytuacji w kraju, <http://www.lepper.pl/program.htm>, O wykupie ziemi przez Niemców, *Gazeta Wyborcza*, 30.7.2000.

¹² Wybieram niepodległą Polskę, Program Wyborczy Kandydata na Prezydenta RP Jana Łopuszańskiego, <http://www.lopuszanski.pl>.

¹³ Czy są sprawy wspólne?, <http://www.lopuszanski.pl>.

Andrzej Olechowski

Der parteilose Technokrat Andrzej Olechowski (Jg. 1947) profiliert sich einerseits als modernere und weltläufigere Alternative zu Krzaklewski, andererseits als unabhängiger Fachmann, der zwischen dem "linken" Kwaśniewski und dem "rechten" Krzaklewski steht. Bei der Gratwanderung zwischen politischer Mitte und aufgeklärtem Konservatismus ist dem ehemaligen Finanz- und Außenminister sein Image als integrierter Staatsmann mit Expertise behilflich. Die Zurückweisung des Hilfsangebots des Chefs der Freiheitsunion (UW), Leszek Balcerowicz, deutet darauf hin, daß Olechowski davor zurückschreckt, sich auf eine konkrete politische Option festzulegen und somit sein elektorales Reservoir einzuengen.

Inhaltlich steht Olechowski auf den Positionen eines EU- und NATO-freundlichen Marktwirtschaftlers mit liberalkonservativem Hintergrund.¹⁴ Voraussetzung für die Entstehung eines weltoffenen und sich der Globalisierung nicht widersetzenen Polens sei eine Erhöhung des Bildungsniveaus. Wenig spektakulär sind auch die übrigen Vorschläge: Reform der Gerichte, Bekämpfung von Korruption und Arbeitslosigkeit, Modernisierung der Infrastruktur usw. Mit seiner programmatischen Stromlinienförmigkeit und einem staatsmännischen Habitus kommt Olechowski dem kantenlosen Kwaśniewski recht nahe.

Jan Olszewski

Der Senior unter den Kandidaten (Jg. 1930) blickt auf eine lange Karriere als Kämpfer für die polnische Freiheit und Unabhängigkeit zurück, die den Rechtsanwalt u.a. zu einem führenden Aktivist und Berater der *Solidarność* in den 80er Jahren werden ließ. Von Dezember 1991 bis Juni 1992 war Olszewski Premierminister. Als Kandidat des dezidiert antikommunistischen Teils der politischen Landschaft erzielte er bei den letzten Präsidentenwahlen mit knapp 7% der Stimmen einen Achtungserfolg. Der Kandidat der für die Festigung der nationalen Unabhängigkeit eintretenden *Bewegung für den Wiederaufbau Polens (ROP)* und der *Zentrumsallianz (PC)* wird es schwer haben, diesmal auf ein ähnliches Resultat wie 1995 zu kommen, da ihm die Position des führenden antikommunistisch-patriotischen Politikers von mehreren Konkurrenten streitig gemacht wird.

Neben dem traditionellen Plädoyer für eine umfassende Dekommunisierung von Staat und Wirtschaft gehören zu den zentralen Forderungen Olszewskis der Ruf nach einer aktiveren Rolle des Staates etwa durch die Lancierung von Wohnungsbauprogrammen oder den Ausbau der technischen Infrastruktur des Landes.¹⁵ Mit Blick auf die etatistischen und interventionistischen Elemente in der Wahlplattform kann behauptet werden, daß Olszewski ein wirtschaftspolitisch "linksstehendes" Konzept offeriert. Olszewskis Kritik an einer raschen EU-Mitgliedschaft geht einher mit einem klaren Bekenntnis zur NATO und einer prinzipiell amerikanophilen und antirussischen Haltung in der Sicherheitspolitik.

Bogdan Pawłowski

Mit Ausnahme von antisemitischen Äußerungen und dem Wahlslogan "Polen den Polen" tut sich der krasse Außenseiter wenig hervor. Bereits die Teilnahme an den Wahlen ist für ihn ein Erfolg.

Lech Wałęsa

Die Symbolfigur der *Solidarność* und der Niederwerfung des Kommunismus in Polen hat ihre bittere Niederlage bei den letzten Präsidentenwahlen offensichtlich nicht verwunden. Mit seiner apodiktischen und egozentrischen Sichtweise der polnischen Realität stößt der erste nach 1989 frei gewählte Präsident Polens (Jg. 1943) heute kaum mehr auf Resonanz. Erwies sich schon Wałęsas Versuch, in Form der *Christdemokratie der III. Polnischen Republik (ChDIIIIRP)* eine starke neue

¹⁴ Vgl. Program wyborczy; Prezydent Andrzej Olechowski: *Przejdźmy do konkretów*, beides unter: <http://www.olechowski.pl>, *Od jednostek świat zależy*, Interview mit A. Olechowski, *Gazeta Wyborcza*, 14.7.2000.

¹⁵ Program Jana Olszewskiego, <http://www.olszewski.pl/program.htm>

Partei zu gründen, als Fehlschlag, könnte die Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen zu einem richtiggehenden Debakel werden. Sollte nicht noch ein sprunghafter Anstieg in den Meinungsumfragen erfolgen, was höchst unwahrscheinlich ist, könnte Wałęsa sein Gesicht nur durch einen Rückzug in der Schlußphase des Wahlkampfes wahren. Sollte Wałęsa ein Ergebnis erzielen, das im Bereich der jetzigen Umfragewerte liegt (zwischen 2 und 4%), käme dies nicht nur einer tiefen Demütigung gleich, sondern vielleicht auch einer definitiven Verbannung ins politische Abseits.

Die Propagierung von vier inhaltlichen Luftblasen, "Partnerschaft, Sicherheit, Wirtschaft und Kommunikation", die als "wichtigste Säulen des Staats" fungieren sollen, ¹⁶ dokumentiert, daß Wałęsas einstmals bekundete Behauptung, derzufolge Programme für ihn wenig bedeutend seien, nach wie vor zutrifft. Die einzige greifbare programmatische Botschaft, die in Wałęsas Wahlkampf bislang vermittelt wurde, ist die der Frontstellung zwischen Antikommunisten und Postkommunisten, wie sie sich komprimiert im griffigen Wahlslogan "Schwarz ist schwarz, weiß ist weiß" manifestiert. Allerdings ist davon auszugehen, daß nicht Wałęsa, sondern vornehmlich Marian Krzaklewski, die Nummer Eins unter den Kandidaten aus dem Solidarność-Lager, unter den antikommunistisch gesinnten Wählern reüssieren wird.

Tadeusz Wilecki

Der General a.D. Tadeusz Wilecki (Jg. 1945) wird von der *Nationaldemokratischen Partei (SND)*, einer kleinen Gruppierung vom äußersten rechten Rand des politischen Spektrums, unterstützt. Bekannt ist Wilecki vor allem aus seiner Zeit als Generalstabschef (1992-1996). Als ranghöchster Soldat machte er nicht zuletzt dadurch aufmerksam, daß er 1994 auf dem Truppenübungsplatz im pommerschen Drawsko eine Zusammenkunft der polnischen Generäle einberief, auf der diese angeblich über ihren Verteidigungsminister abgestimmt haben sollen.

Wilecki tritt für eine spürbare Stärkung der konstitutionellen Position des Staatspräsidenten ein. Die Herrschaft des Parlaments ("Sejmokratie") könne sich Polen nicht leisten. Daher möchte Wilecki "mit dem System Schluß machen, das Polen vernichtet".¹⁷ Aufsehen erregte der General durch sein Lob der Hitlerschen Wohnungsbaupolitik. Was das außenpolitische Programm anbelangt, zeichnet sich Wilecki durch eine ablehnende Haltung gegenüber der polnischen EU-Mitgliedschaft aus, die u.a. dazu führe, daß "die Polen zu Sklaven im eigenen Land" gemacht würden.¹⁸ Den neuen Verbündeten in der NATO könne man nicht trauen, daher müsse Polen seine eigenen Kräfte stärken.¹⁹

¹⁶ Czarne jest czarne, białe jest białe, <http://www.lech-walesa.pl>.

¹⁷ Generał Tadeusz Wilecki: Z listu do rodaków, <http://www.wilecki.etna.pl/program.htm>.

¹⁸ Moje zobowiązania – Po pierwsze POLSKA, <http://www.wilecki.etna.pl/program.htm>.

¹⁹ Wilecki: Nie ufać NATO, *Rzeczpospolita*, 1.9.2000.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 2000 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0945-4071

Kai-Olaf Lang